

Eisenbahn-Bedarfs AG Otto Niedt (Bd. 1, S. 48–56) und über die mit dem Aufschwung der oberschlesischen Eisenindustrie untrennbar verbundene Familie Caro (Bd. 4, S. 160–174). Seit Ausgang des 18. Jhs. war dieser Industriezweig mehr und mehr dazu übergegangen, Steinkohle aus dem über 5000 km² großen schlesisch-mährisch-polnischen Kohlerevier für die Eisenherstellung einzusetzen; die enge Verbindung des Steinkohlebergbaus mit der gesamten Entwicklung des Industriereviers, aber auch mit den politischen Gegebenheiten macht ein anderer Beitrag desselben Vfs. deutlich (Bd. 3, S. 22–36), der sich auch des weiteren kritisch mit der Nachkriegsentwicklung auseinandersetzt (Bd. 2, S. 154–173). Einen sehr konzentrierten Abriss über die organisatorischen Veränderungen in der oberschlesischen Landwirtschaft und deren Intensivierung seit Beginn des 19. Jhs. legt Dietmar Stutzer vor (Bd. 1, S. 29–47).

Es ist auffällig, daß sich die Wissenschaft erst seit wenigen Jahrzehnten intensiver mit dem Phänomen des sog. Wasserpolnisch, der polnischen Dialekte Schlesiens, auseinandersetzt, wobei von deutscher wie von polnischer Seite bisher eine Reihe von Vorarbeiten geleistet worden sind, eine Gesamtdarstellung aber noch nicht in Sicht ist. Norbert Reiter (Bd. 1, S. 188–206) und P. Chmiel (Bd. 3, S. 201–214) machen bei ihren Ausführungen über die Grundprobleme und den Aufbau dieser Sprachvarietäten vor allem auch auf deren sozialen Status und die bis heute fortlebende Funktion im Alltagsleben aufmerksam. – Das zweisprachige, von sozialen und nationalen Auseinandersetzungen erschütterte Oberschlesien ist erstmals von August Scholtis († 1969) in die deutsche Literatur eingebracht worden, sein Werk bedarf freilich noch einer grundlegenden wissenschaftlichen Untersuchung. Ansätze dazu liefern Beiträge von Hans Enden (Bd. 3, S. 235–254), Jürgen Matoni (Bd. 3, S. 215–224) und Joachim J. Scholz (Bd. 4, S. 79–116). Wie bei Scholtis spielt auch in den „kritischen Heimatromanen“ von Horst Bienek dieses spezifisch oberschlesische Milieu eine zentrale Rolle (Ernst Josef Krzywon in Bd. 3, S. 254–277), während bei dem 1941 im Londoner Exil verstorbenen Max Hermann die Haßliebe zu seiner provinziellen Heimatstadt Neisse, nach der sich der Dichter Hermann-Neisse genannt hat, ein Grundmotiv seines Schaffens darstellt (Olaf Haas in Bd. 2, S. 208–237). Der größte Teil der Aufsätze mit literaturwissenschaftlicher Thematik ist freilich Joseph von Eichendorff gewidmet – kein Wunder, sind doch auch die Eichendorff-Gesellschaft (dazu Franz Heiduk in Bd. 1, S. 231–247) und das neugegründete Eichendorff-Institut im Oberschlesischen Landesmuseum angesiedelt. Alfred Riemer (Bd. 1, S. 207–230), María Jesús Varela (Bd. 2, S. 184–197), Cornelia Nolte (Bd. 2, S. 198–207), Hans-Georg Pott (Bd. 4, S. 1–19), Georg Behütuns (Bd. 4, S. 20–63) und Norbert Jaschke (Bd. 4, S. 64–78) beschäftigen sich mit Person und Werk, Wirkung und Würdigung dieses bedeutendsten oberschlesischen Dichters.

Alle Bände sind reich mit Abbildungen versehen, enthalten einen umfangreichen Rezensionsteil sowie ein geographisches und ein Personenregister.

Weimar-Wolfshausen

Winfried Irgang

Günther Doose: Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922). (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 2.) Verlag Otto Harrassowitz. Wiesbaden 1987. X, 284 S.

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die leicht überarbeitete Form einer Dissertation, die im Sommersemester 1985 von der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel angenommen worden ist. Der zeitliche Rahmen der Arbeit ergibt sich aus den erstmals im November und Dezember 1918 in Oberschlesien erhobenen Forderungen nach einer Separation des preußischen Regierungs-

bezirks Oppeln von Preußen oder dem Deutschen Reich und den über die Abstimmung vom 20. März 1921 hinauswirkenden separatistischen Tendenzen, die auch nach dem definitiven Teilungsbeschluß der Botschafterkonferenz vom 19. Oktober 1921 (die damit einer Empfehlung des Völkerbundsrates entsprochen hatte) nicht zum Erliegen kamen.

Zunächst behandelt der Vf. die historischen, nationalen und wirtschaftlichen Bedingungen des oberschlesischen Separatismus nach dem Ersten Weltkrieg. Er unterscheidet hier zwei Richtungen: 1. eine „Autonomie-Bewegung“, die in der Form eines Bundesstaates innerhalb des Deutschen Reichs oder als preußische Provinz größere politische Selbständigkeit für Oberschlesien anstrebt; 2. Tendenzen, die auf die völlige staatliche Unabhängigkeit Oberschlesiens abzielen. Unmittelbarer Anlaß der separatistischen Strömungen in Oberschlesien waren einerseits die innenpolitischen Vorgänge im November 1918 – die Umwandlung des Deutschen Reichs in eine Räterepublik war in greifbare Nähe gerückt – und zum anderen der befürchtete Anschluß Oberschlesiens an Polen. Im folgenden schildert der Vf. die Aktivitäten des „Oberschlesischen Komitees“ und seiner Initiatoren Latacz und Jan Reginek. Während der erstere für ein Verbleiben Oberschlesiens im Deutschen Reich in Form einer weitgehenden staatlichen Autonomie eintrat, propagierte Reginek die Verbindung Oberschlesiens mit Teschen zu einem neutralen mehrsprachigen Staat nach dem Vorbild der Schweizer Kantonalverfassung. Aufschlußreich sind die Kontakte dieses Komitees zur tschechischen Regierung in Prag, die allerdings keine für die separatistische Bewegung förderlichen Resultate brachten. Weitere Gegenstände der Betrachtung sind: die Parteienkonferenz in Kandrzin vom 9. Dezember 1918 – die Mehrzahl der dortigen Teilnehmer sprach sich für einen „provisorischen selbständigen oberschlesischen Staat“ aus –; die Tätigkeit des Breslauer Volksrats; die uneinheitliche Linie der oberschlesischen Zentrumspartei – sie wurde im Dezember 1918 in „Katholische Volkspartei“ umbenannt – in der Autonomiefrage; deren unterschiedliche Einschätzung durch die Reichs- und Preußische Regierung; die vom preußischen Innenminister Hirsch geleitete Breslauer Konferenz vom 30. Dezember 1918, die mehrheitlich der von den Separatisten propagierten Abtrennung Oberschlesiens vom Reich eine Absage erteilte und sich auf das Vorschlagsrecht der Oberschlesier bei Beamtenernennungen und die Wahrung der privilegierten Stellung der katholischen Kirche beschränkte, und der „Bund der Oberschlesier“ (BdO) als Hauptträger der separatistischen Bewegung, dessen Anhänger hauptsächlich bäuerlichen und bürgerlich-klerikalen Kreisen entstammten. Leider konnte der Vf. nur wenige, unzuverlässige Angaben über die Mitgliederzahl dieser Vereinigung ermitteln. Auf Grund der widersprüchlichen Quellenaussage erscheint es zweifelhaft, ob sie wirklich 300000 Anhänger gehabt hat. Der Hinweis auf 3000 Bezieher des Presseorgans des BdO „Bund – Związek“ im Jahre 1920 läßt jedenfalls auf eine niedrigere Anhängerzahl schließen. Mit der Tätigkeit des BdO steht die Denkschrift des Leipziger Professors Max Brahn im Zusammenhang, die der Vf. ausführlich referiert. Brahn sprach sich darin für eine größere Autonomie Oberschlesiens und für die Freilassung aller „wegen polnischer Umtriebe Verhafteten und Verurteilten“ aus. Nach seiner Meinung waren Reformen erforderlich, weil eine Abstimmung in Oberschlesien „nach allgemeiner Anschauung heute polnisch ausfallen“ dürfte. Leider fehlen Hinweise auf die für diese „allgemeine Anschauung“ verantwortlichen Kriterien. Unbekannt bleibt auch, welche Bevölkerungskreise diese Sehweise hatten. Der Begriff „allgemeine Anschauung“ deutet darauf hin, daß nicht nur propolnische Kreise, sondern auch die deutsche Öffentlichkeit an einen polnischen Abstimmungssieg in Oberschlesien glaubte. Das erscheint insofern unglaublich, als es in den ersten Monaten des Jahres 1919 wiederholt zu eindrucksvollen Volkskundgebungen in Oberschlesien gegen eine Abtretung an Polen gekommen war und selbst Piłsudski anfänglich Bedenken gegen die polnischen Wün-

sche auf Oberschlesien geäußert hatte, „weil das Land doch seit alters her eine preußische Kolonie sei“¹.

Wie der Vf. weiter ausführt, brachte auch die Verleihung der Provinzialautonomie an Oberschlesien im Oktober 1919 die Anhänger der separatistischen Bewegung nicht zum Verzicht auf ihre weitergehenden Forderungen. Eine schwankende Haltung nahm hier die oberschlesische Zentrumspartei unter ihrem Vorsitzenden Karl Ulitzka ein, die zwar offiziell auf die Freistaatlösung verzichtete, jedoch separatistische Parolen gleichzeitig weiterverwendete. Ein besonderes Kapitel behandelt die Theorie eines oberschlesischen „Mischvolks“ und einer „wasserpolnischen“ Sprache in Oberschlesien. Nach Auffassung des Vfs. handelt es sich bei dem „Wasserpolnischen“ nicht um eine eigenständige Mischsprache, sondern um eine polnische Mundart. Mit der Betonung der Eigenständigkeit des „Wasserpolnischen“ habe die preußisch-deutsche Germanisierungspolitik ein Aufgehen der polnischen Oberschlesier im Polentum zu verhindern versucht.

Die abschließenden Kapitel behandeln die separatistische Bewegung vor und nach der Abstimmung vom 20. März 1921 – erwähnenswert ist das Interesse internationaler, vor allem britischer Wirtschaftskreise an einem ungeteilten oberschlesischen Freistaat – und die separatistischen Strömungen nach der Teilung Oberschlesiens, die im polnischen Teil weitaus stärker als in dem bei Deutschland verbliebenen Gebiet waren.

Da in der deutschen Forschung bislang eine umfassende Darstellung der oberschlesischen Separatistenthematik fehlt, schließt die vorliegende Studie eine wichtige Lücke. Herangezogen wurden neben Beständen des polnischen Staatsarchivs Breslau, des Bundesarchivs Koblenz und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin in breitem Ausmaß gedruckte Quellen und Literatur. Dem Vf. ist zuzustimmen, wenn er den Separatismus in Oberschlesien als eines der kompliziertesten und umstrittensten historischen Probleme in der Geschichte dieser Grenzregion bezeichnet. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der oberschlesische Separatismus nicht von der Mehrheit der dortigen Bevölkerung, die sich für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland einsetzte, getragen worden ist.

Berlin

Stefan Hartmann

1) F. Friedensburg: Die Weimarer Republik, Berlin 1946, S. 47.

Jan Dzięgielewski: O tolerancję dla zdominowanych. Polityka wyznaniowa Rzeczypospolitej w latach panowania Władysława IV. [Um Toleranz für die Beherrschten. Die Religionspolitik der Adelsrepublik zur Zeit der Herrschaft Władysławs IV.] Państwowe Wydawnictwo Naukowe. Warschau 1986. 227 S., 25 Abb.

Die Veröffentlichung beleuchtet die bisher weitgehend von der Forschung ausgesparte Religionspolitik der Adelsrepublik zur Zeit Władysławs IV. (1632–1648) anhand zahlreicher ungedruckter Quellen im Hauptarchiv alter Akten in Warschau, den Staatsarchiven Danzig, Krakau, Lublin und Posen und dem schwedischen Reichsarchiv Stockholm sowie in verschiedenen polnischen Bibliotheken – u. a. der Czartoryski-Bibliothek in Krakau und der Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Kórnik – und berücksichtigt darüber hinaus im breiten Umfang gedruckte Quellen und Literatur. Im Vorwort führt der Vf. aus, daß zur Zeit Władysławs IV. die Religionspolitik der Adelsrepublik nicht nur vom König, sondern auch vom Adel bestimmt wurde, dessen wichtigste Organe die Landtage und der aus der Landbotenstube und dem Senat gebildete Reichstag waren.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste behandelt die Zeit von 1632–1635, d. h. den Abschnitt vom Tode Sigismunds III. bis zum Waffenstillstand von Stuhmsdorf,